

Unter anderem in dieser Ausgabe:

KONKRETER GEHT NICHT: ZURÜCK IN DIE AMBULANZ S. 2

AUS DER KRISE: BEITRÄGE DER PARTEIVORSITZENDEN S. 4 - 5

IN DIE ZUKUNFT: DIE LINKE. LEIPZIG 2025 S. 10

8. MAI 2020: FEIERN OHNE FEIERLICHKEIT S. 12 - 13

Veranstaltungstipp

Stadtparteitag wird verschoben

Corona bedingt wird der nächste Stadtparteitag nicht am 9. Mai 2020 stattfinden. Bisher ist noch nicht absehbar, wann der Stadtvorstand ihn wieder einberufen kann. Relativ sicher wird dies nicht vor den Sommerferien der Fall sein.

Mitteilungsblatt

Ausgabe 04/2020

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Bild: Héctor García - CC BY-NC-SA 2.0

Linkes Vorbild bleiben – aber mit Abstand

Heiko Rosenthal Werte Leserinnen und Leser, die aktuelle Situation stellt nicht nur für Sie eine Ausnahme dar – sie ist für mich als Ordnungsbürgermeister unserer Stadt gemessen an den letzten 14 Dienstjahren eine einmalige Herausforderung.

Doch ich kann Ihnen versichern, dass insbesondere die Fachämter und Betriebe des Dezernates Umwelt, Ordnung, Sport bisher herausragende Arbeit leisten, um die vollständige Leistungsfähigkeit der Verwaltung für alle Leipziger Bürger zu gewährleisten. Sie können sich ganz besonders auf Ihre Stadtreinigung Leipzig, das gesamte Ordnungsamt, den Rettungsdienst und die Feuerwehr verlassen, deren Funktionsfähigkeit existenziell für unsere Stadt sind.

Bitte erlauben Sie mir auch an dieser Stelle, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Dezernates und den vielen ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden für Ihre große Einsatzbereitschaft zu bedanken. Für das Funktionieren unseres Gemeinwezens unternehmen wir alle Anstrengungen, weit über das sonstige Maß hinaus – bitte unternehmen auch Sie alle Anstrengungen, um uns dabei zu unterstützen. Auch wenn uns die aktuelle Rechtsverordnung des Freistaates Sachsen in vielen Bereichen massiv

einschränkt, bitte ich Sie alle, sich an diese Vorgaben zu halten. Bitte halten Sie Abstand zu Dritten, halten Sie die Kontaktbeschränkungen genau ein und bitte überlegen Sie, welcher Weg derzeit unbedingt notwendig ist und welche Tätigkeit man vielleicht auch erst in vier oder sechs Wochen erledigen kann. Sie schützen sich selbst und gleichzeitig viele andere – das ist für mich gelebte Solidarität. Die sich aus der Situation ergebenden Diskussion zur Verfasstheit unserer Gesellschaft müssen wir nach Beendigung der Krise gemeinsam führen.

Als Sportbürgermeister liegt mir dabei eine Sache ganz besonders am Herzen. In Leipzig treiben über 100.000 Menschen in über 400 Vereinen organisiert Sport. Der organisierte Sport ist somit der mit Abstand wichtigste Bereich im gesellschaftlichen Zusammenleben, der in unserer Stadt aktuell zum Ruhen gezwungen ist. Ich bitte Sie alle, halten Sie Ihrem Verein die Treue, engagieren Sie sich gerade jetzt weiterhin oder zusätzlich in Ihrem Verein, unterstützen Sie Ihre Vereinsvorstände nach Kräften und – sofern möglich – überlegen Sie bitte, ob Sie Ihrem Verein oder dem Leipziger Sport an anderer Stelle mit einer Spende wichtige Unterstützung zukommen lassen können. Auch das ist ein jahrzehnte-

langes Zeichen linker Solidarität. Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute beim Meistern dieser schwierigen Phase, vor allem jedoch Gesundheit. Bitte beachten Sie die Einhaltung der bekannten Regelungen, denn: Es war noch nie so einfach, ein Alltags-Held zu sein.



Foto: Stadt Leipzig



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden- und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Dies gilt ebenso für die Sitzungen der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat und die Ratsversammlung. Auf Grund der Corona-Pandemie finden die Sprechstunden aktuell vor allem online und/oder telefonisch statt. Bitte fragt vorher in den jeweiligen Büros nach.

Sprechstunden:

- Stadtrat und MdB Sören Pellmann
Tel. Nr.: (0341) 231 84 40

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit Marko Forberger
Tel.Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18 Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
Tel.Nr.: (0341) 231 84 40
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 32, Sozialberatung mit Marko Forberger
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
Tel. Nr.: (0341) 60 477 300
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung
Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Tel. Nr.: (0341) 123 21 59
- Fraktionsitzung:
22. April 2020, 17:00 Uhr
Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
29. April 2020, ab 14:00 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus

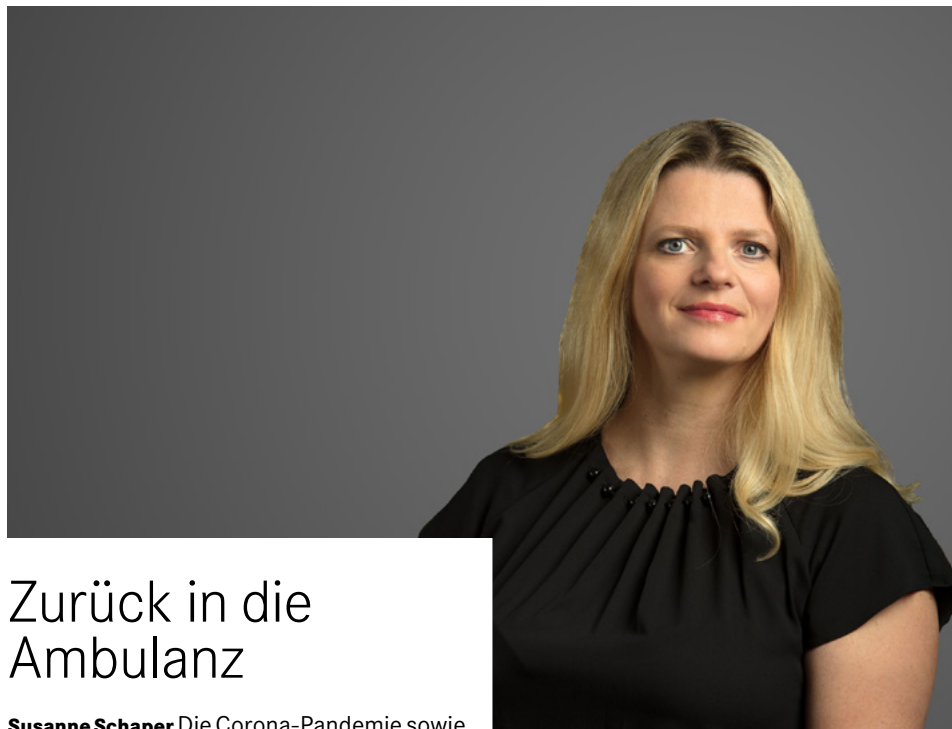


Bild: DIE LINKE, Sachsen

Zurück in die Ambulanz

Susanne Schaper Die Corona-Pandemie sowie die beschlossenen Maßnahmen, welche einen enormen Eingriff in unsere Grundrechte bedeuten, treffen uns alle auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Doch sie sind notwendig, wenn wir uns die Bilder aus den USA, Spanien und Italien vor Augen halten, und sie zeigen Wirkung, wie die Zahlen über Neuinfektionen in Deutschland belegen. Der Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen muss für uns als LINKE immer im Vordergrund stehen, auch wenn wir uns alle eine schnelle Rückkehr in unseren gewohnten Alltag wünschen.

Auch mein Alltag als Mutter und Politikerin wird durch die beschlossenen Maßnahmen und Eingriffe gehörig durcheinandergebracht. Meine drei Kinder können nicht zur Schule gehen, nicht ihre Freunde und Klassenkameraden treffen, können nicht ihrer gewohnten Freizeitbeschäftigung nachgehen. Diese Situation ist für Kinder besonders schwierig, weil sie trotzdem lernen müssen, sozialen Austausch mit Gleichaltrigen brauchen und beschäftigt sein wollen. Soziale Kontakte halten wir jetzt über soziale Medien, über Internet mit Hilfe von Computern und Smartphones. Wir haben Glück, dass uns diese Technik zur Verfügung steht, damit wir nicht sozial isoliert werden. Als Mutter genieße ich die Zeit aber auch mit meinen Kindern, die mir sonst auf Grund meiner Arbeit nicht in dem Umfang zur Verfügung steht. Wir spielen Gesellschaftsspiele, basteln und spielen gemeinsam mit den Hunden. Diese gemeinsame Zeit gibt mir Kraft und tut uns als Familie gut.

Als Politikerin und gelernte Krankenschwester kann ich trotzdem nicht ganz von meiner Arbeit ablassen. So führe ich regelmäßig Telefonkonferenzen mit meinen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um zu sehen, wie wir als Opposition trotz der

Pandemie aktiv und wirksam sein können. Im Landtag fanden zuletzt zwei Plenarsitzungen sowie eine Sitzung des Sozialausschusses statt. Hier versuchen wir als Opposition sinnvolle Beiträge zu leisten, damit in dieser Krisenzeit niemand auf der Strecke bleibt und vergessen wird. Denn was für manche wie ein verlängerter Urlaub wirkt, löst bei vielen existenzielle Ängste und Nöte aus.

Als Krankenschwester unterstütze ich freiwillig ab und an die Corona-Ambulanz in Chemnitz. Diese Einblicke helfen mir bei meiner Arbeit als Politikerin, da man dadurch die Situation besser einschätzen kann und aus erster Hand erfährt, wenn irgendwo der Schuh drückt. Und sie zeigt mir, dass die beschlossenen Maßnahmen notwendig sind.

Bevor ich zum Schluss komme, danke ich allen Menschen, die sich an die Maßnahmen halten. Mein besonderer Dank gilt allen Beschäftigten im Gesundheitswesen, aber auch den Beschäftigten in den Lebensmittel- und Drogeriemärkten, welche die Versorgung der Menschen in dieser schweren Zeit unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit sicherstellen. Sie, ich nenne sie gern Helden des Alltags, erfahren oft leider zu wenig Anerkennung und sind zumeist, wenn es sich nicht um Ärztinnen und Ärzte handelt, schlecht bezahlt. Das muss sich künftig dringend ändern. Wir fordern darüber hinaus höhere Investitionen in den öffentlichen Gesundheitsdienst und Krankenhäuser, bundeseinheitliche Tarifröhne in den Pflegeberufen, eine Privatierungsbremse in der öffentlichen Daseinsvorsorge, sowie einen Mindestlohn, der für die Menschen zum Leben reicht und zu einer auskömmlichen Rente führt. Denn Klatschen auf den Balkonen hilft den Betroffenen nicht, ihre Rechnungen zu bezahlen.

Sachsen in Not

Rico Gebhardt Solidarisch aus der Krise kommen

Unser Land ist in einer Notsituation. Tausende Menschen und viele Unternehmen stehen ohne Einnahmen da und brauchen sofort Hilfe. Deshalb ist es gut, dass der Landtag eine Kreditaufnahme im Milliardenumfang ermöglicht hat. Uns gilt die „Schuldenbremse“ sowieso als Investitionsbremse, die dazu führt, dass der Staat nicht voll handlungsfähig ist. Laut der Landesverfassung sind die Kredite nun aber binnen acht Jahren zu tilgen. Wir streiten dafür, dass diese Frist entfällt. Denn sonst stehen wir bald vor einer Kürzungssorge insbesondere im Sozialen, bei Kultur und Bildung.

Die Staatsregierung hat tiefe Eingriffe ins öffentliche Leben und unsere Grundrechte beschlossen – Eingriffe, die nötig sind, um jene zu schützen, für die eine Infektion lebensbedrohlich wäre. Jetzt

zählt vor allem eines: Leben retten. Trotzdem kann es keinen Freibrief für die Regierung geben. Wir dringen auf parlamentarische Beteiligung und darauf, dass die Einschränkungen so schnell wie möglich komplett aufgehoben werden.

Die Krise zeigt auch, dass Privatisierung und Profit haben im Gesundheitssystem nichts zu suchen haben. Krankenschwestern, Krankenpfleger, Ärzte müssen ordentlich bezahlt werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss wieder aufgebaut werden. Wir schlagen außerdem eine Sachseninitiative im Bund vor: Alle, die in der Pandemie intensiven Kontakt mit Menschen pflegen mussten, sollen einen von der Allgemeinheit bezahlten Extra-Urlaub von mindestens zehn Arbeitstagen bekommen.

Für uns ist Solidarität mit den Schwächeren schon immer das oberste Gebot – und während der Krise Solidarität mit jenen, die sonst kaum wahrgenommen werden und dennoch den Laden am Laufen halten: mit der Verkäuferin, die sich täglich dem Virus aussetzt. Mit der Krankenschwester, die bis in die Nacht arbeitet. Mit dem Straßenbahnfahrer, der diejenigen von A nach B bringt, die ihn brauchen. Mit der Kleinstunternehmerin und dem Soloselbstständigen, die um ihre blanke Existenz kämpfen.

Wer Geldsorgen hat, spürt diese in der Krise umso stärker. 35 Prozent der Sächsinen und Sachsen arbeiten Vollzeit im Niedriglohnsektor. Sie alle bekommen weniger als 1.000 Euro Kurzarbeitergeld! Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent steigen und auch Minijobbern zugutekommen.

Zur Finanzierung all dessen sollte auch eine einmalige Krisen-Abgabe auf horrendes Privatvermögen beitragen. Denn es dürfen nicht diejenigen für die Krise blechen, die am meisten unter ihr leiden.

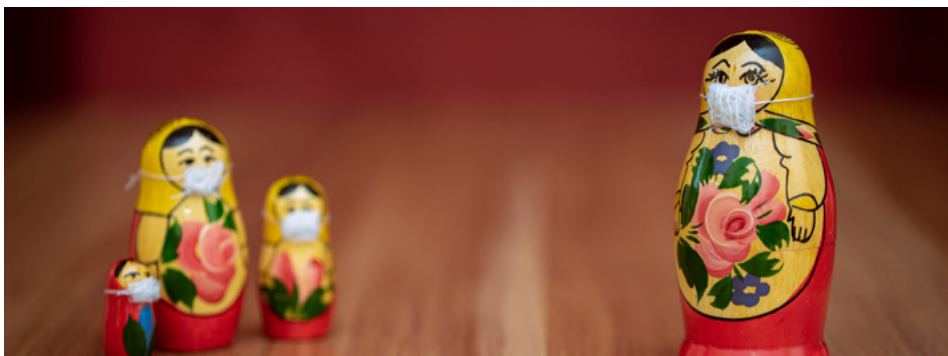


Bild: Eigent

Gedanken zum Jetzt und Morgen

Adam Bednarsky Wir leben in besonderen Zeiten, aber zumindest die DDR-Sozialisierten haben eine gewisse Erfahrung mit grundlegenden Veränderungen. Soziale Distanz, Feiertage ohne den gewohnten Kontakt zu den Angehörigen und tiefgreifende Einschnitte in das zuvor gewohnt Alltägliche bestimmen unsere Gegenwart. Auch die Art und Weise, wie wir gemeinsam Partei leben, hat sich in den letzten Tagen gewandelt. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens hat auch unsere Partei erreicht. Im Liebknechtsthaus bilden Steffi und Kay abwechselnd das Notfallteam und stehen auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite. Parteitage und Gremiensitzungen werden abgesagt. Wann sie stattfinden können, schwer zu sagen. Beispielsweise der im Juni geplante Bundesparteitag wird vielleicht bis in den November verschoben, der 1. Mai wird ins Internet verlegt, die Feierlichkeiten für den 8./9. Mai werden wahrscheinlich im kleinsten Rahmen stattfinden. Der Landesverband empfiehlt, bis zunächst Mitte Mai die Parteiaktivitäten im Sinne der sozialen Distanz zu verlängern. Im Besonderen die politische Verlagerung in die sozialen Medien und Videokonferenz-Räume führt zu neuen Barrieren, mit denen wir umgehen müssen. Deswegen bedanke ich mich bei allen Stadtbezirksverbänden, die es vermochten, bei ihren Genossinnen und Genossen anzurufen und nach dem allgemeinen Wohlbefinden zu fragen und ggf. Unterstützung anboten. Das kam sehr gut an und dieses Miteinander wollen wir uns erhalten, auch wenn wieder „alles normaler läuft“.

Bis dahin wird jedoch noch ein langer Weg zu gehen sein. Die Vorboten der weltweiten Corona-Pandemie erreichen aktuell den globalen Süden, mit tödlichen Folgen. Wir kritisierten – zu Recht – in den letzten Jahren das vom neoliberalen Privatisierungsdruck deformierte Gesundheits- und Pflegesystem der BRD. Dennoch scheint es den aktuellen Anforderungen zu genügen. Aber global betrachtet, eröffnet sich ein grauenvoller Blick. Selbst in EU-Mitgliedstaaten sehen wir, welche Folgen die politisch-ökonomische Doktrin des Neoliberalismus hat. Wird sie gepaart

mit (rechts-)autoritären Lösungsansätzen a la Lega Nord in Italien sind die Folgen tödlich. Dort beschlossen die Lega-Behörden noch Anfang März die Verlegung von leicht erkrankten Corona-Patienten in Seniorenwohnheimen. Nach Information eines Verantwortlichen für 400 Senioren-Einrichtungen wurde mit diesem Erlass die Covid-19-Bombe gezündet und wer sich dem Befehl der Lega-Obrigkeit entzog, spielte mit der Förderung für seine Einrichtung. Eine tödliche Schweigespirale war in Gang gesetzt. Einen Blick auf das Territorium der Weltmacht USA, wo gerade die Ärmsten zu Opfern der Pandemie werden, erspare ich mir. Vielleicht reicht eine Anmerkung eines ehemaligen Bundespräsidenten: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt.“

Die Frage nach dem Wie-weiter-nach-Corona? wird zur Frage nach dem Wie-weiter-nach-dem-Neoliberalismus? bis hin zur Frage nach globaler Hegemonie. Die Antwort geben wir alle. Das Große korrespondiert mit dem Kleinen und umgekehrt. Als Vorsitzender des Leipziger Stadtverbandes richtet sich mein Blick in erster Linie auf unsere Stadt und wie wir diese mit linker Politik maßgeblich mitgestalten können. Leipzig ist die letzte Stadt in Sachsen, wo eine Mitte-Links-Mehrheit mit entsprechenden Oberbürgermeister und BürgermeisterInnen die Geschicke der Kommune maßgeblich gestalten. Die Leipzigerinnen und Leipziger haben sich in den letzten Wochen verantwortungsvoll verhalten und wir konnten die Infektionskurve erfolgreich abflachen. Ob diese Entwicklung nachhaltig ist, werden wir bald sehen. Die Gefahr ist keineswegs gebannt und der politische Abwägungsprozess wird weiter in dem Dreieck zwischen Schutz der Gesundheit, Gewährung freiheitlicher Grundrechte und (/oder?) die Absicherung – vermeintlich – ökonomischer Notwendigkeiten verlaufen. Mischen wir uns als LINKE in Leipzig weiter ein: Mit Augenmaß und Verantwortungsgefühl.

Bleibt gesund und demokratisch,
liebe Grüße Adam
(Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig)

Respekt & Gute Löhne in Pflege & Gesundheit.

DIE LINKE.

umfairteilen: sozial und gerecht in den Kommunen und in Europa.
www.die-linke-bw.de

Städtische Kliniken: Gesundheit statt Gewinne.

DIE LINKE.
www.dielinke-dresden.de

Nähe

Mehr Personal in Pflege und Gesundheit

DIE LINKE.
www.die-linke.de

Solidarische Wege aus der Krise

Katja Kipping Vom Überbrückungsgeld bis zur Entprivatisierungsstrategie

Millionen Menschen kommen im Zuge der Corona-Krise in Nöte. Als Linke haben wir von dem Moment an, wo sich die Krise andeutete, Druck gemacht für grundlegende soziale Maßnahmen wie

- einen Aufschlag von 500 Euro und besserer Schutz für alle systemrelevanten Berufe, wie im Pflege- und Gesundheitsbereich;
- einen Aufschlag von 200 Euro pro Monat auf alle Sozialleistungen;
- die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent sowie

ein Pandemie-Überbrückungsgeld für alle vor, deren Einkommen durch die Pandemie wegfallen. Dazu gehören u.a. Minijobbende Studierende und Rentner*innen, Azubis, deren Unternehmen auf Kurzarbeitergeld umstellen, Menschen mit Behinderungen, deren Werkstätten jetzt geschlossen werden, Kleinunternehmen, Freiberufler*innen und Soloselbständige, deren Umsätze durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Virusausbreitung ausfallen oder stark zurückgehen.

Bisher blockieren leider die Regierungsfractionen, vor allem die CDU, diese wichtigen sozialen Maßnahmen. Doch unterhalb dieser Maßnahmen konnten wir so manche Verbesserung erkämpfen, wie die Aussetzung der Vermögensprüfung bei der Grundsicherung, wie ein befristeter Stopp von Stromsperren und Zwangsumzügen und wir haben die So-

zialverbände erfolgreich darin unterstützt, dass die sozialen Dienste mit unter den Rettungsschirm kommen. All das reicht uns nicht, aber wir verschweigen auch nicht die von uns mit erkämpften Verbesserungen. So wichtig die akute soziale Abfederung ist, so wenig dürfen wir jedoch dabei stehenbleiben. Es geht jetzt auch darum, wie wir die Weichen stellen, um unsere Gesellschaft in Zukunft krisenfest zu machen. Und der Aufbruch in eine krisenfeste Gesellschaft beginnt mit folgender Erkenntnis: Der Markt lebt von Bedingungen, die er selbst nicht schaffen kann, wie Bildung, Straßen, Sozialsysteme

oder wissenschaftliche Innovationen. Daraus folgt, dass wir das, was wirklich systemrelevant ist, nicht mehr dem Markt überlassen. Deshalb streite ich für eine universelle Grundversorgung, die nicht auf Markt, Privat und Profit setzt, sondern sich am Gemeinwohl orientiert. Und wir müssen konkret die Eigentumsfrage stellen. Für privatisierte Krankenhäuser muss beispielsweise eine Entprivatisierungsstrategie entwickelt werden. Denn Privatisierung bedeutet, dass Gelder für Profite abgezogen werden, die einfach fehlen bei der Bezahlung der Beschäftigten bzw. bei der Behandlung der Patient*innen.



Bild: grex / DIE LINKE. Sachsen

Menschen vor Profite

Bernd Rixinger DIE LINKE ist die einzige Kraft, die konsequent an der Seite der Beschäftigten steht

Die gegenwärtige Krise trifft alle Menschen, aber auf sehr unterschiedliche Weise. Am brutalsten trifft sie die schwächsten Teile der Gesellschaft: Obdachlose und Geflüchtete, die ohne Dach über dem Kopf oder in Sammelunterkünften leben. Menschen mit unsicheren, befristeten Jobs, deren Lohn vor der Krise schon kaum zum Leben reichte. Kinder aus armen Familien, die auf ein warmes Essen in der Schule angewiesen sind.

Mit jeder Woche, die diese Krise andauert, wird offensichtlicher, welche Berufe eine Gesellschaft wirklich braucht: Gesundheit, Pflege, Erziehung, Landwirtschaft, ÖPNV, Einzelhandel, Logistik und alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser, Müll, Energie sind unverzichtbar. Vor allem Pflegekräfte, Verkäuferinnen, Beschäftigte in der Landwirtschaft haben mehr verdient als nur schöne Worte: Sie verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung - vor allem verdienen sie höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Um die Mehrheit der Bevölkerung vor den Folgen dieser Krise zu schützen, ist ein um-

fangreiches Aktionsprogramm nötig. Das Aktionsprogramm, für das DIE LINKE wirbt, folgt einem einfachen Grundsatz: Menschen vor Profite! Das Leben und die Gesundheit jedes einzelnen Menschen sind wichtiger als die Profite der Konzerne.

Ich muss mich an dieser Stelle damit begnügen, einige wichtige Forderungen für Beschäftigte zu nennen:

- 1. Die Arbeitgeber müssen ihre Beschäftigten, die nicht von Zuhause arbeiten können, mit Masken und Handschuhen schützen.
- 2. Beschäftigte mit Kundenkontakt erhalten eine Gefahrenzulage von monatlich 500 Euro.
- 3. Tarifverträge, nicht nur im Einzelhandel, müssen für allgemeinverbindlich erklärt werden.
- 4. Das Kurzarbeitergeld wird auf 90 Prozent des vorherigen Nettolohns aufgestockt.
- 5. Die Krise darf nicht missbraucht werden, um den gesetzlichen

Mindestlohn zu umgehen oder die Höchstarbeitszeit auszuweiten.

Selbstverständlich enthält unser Aktionsprogramm auch konkrete Vorschläge für Rentnerinnen und Rentner, für erwerbslose Menschen, für Mieterinnen und Mieter. Das vollständige Programm gibt's unter www.die-linke.de.

In dieser umfassenden sozialen, ökonomischen und politischen Krise ist DIE LINKE die Partei, die am konsequentesten an der Seite der Beschäftigten steht und mit ihnen gemeinsam für ihre Interessen kämpft. Gegenwärtig kommt es auf uns besonders an, auf die Landes- und Kreisverbände, auf die ganze Mitgliedschaft: Wir organisieren praktische Solidarität in unseren Nachbarschaften. Wir legen den Finger in die Wunde, wo die Regierung versagt. Wir unterbreiten sozial gerechte Vorschläge, wie die Krise gemeistert und wer für ihre Kosten zahlen soll. Wir ermutigen zur Selbstorganisation und unterstützen Proteste, wo sie nötig sind. Dafür braucht es uns alle.

Wer zu Hause bleiben soll, braucht eine sichere Wohnung!

Juliane Nagel Das Corona-Virus kennt zwar keine Herkunft, kein Geschlecht und keine Religion. Aber vor dem Virus sind auch nicht alle gleich. Die Gefährdung sich zu infizieren hängt in hohem Maße von den Bedingungen ab, in denen Menschen leben müssen. Das betrifft auch die Frage ob Menschen über-



Bild: falco via pixabay

haupt einen sicheren Rückzugsraum haben und nicht bangen müssen bei Zahlungsschwierigkeiten aus ihrer Wohnung geworfen zu werden.

Schon früh haben wir in Leipzig eine tragfähige Lösung für Menschen, die keine Wohnung haben oder die in Mietzahlungsschwierigkeiten sind, gefordert. Zwar sind in Leipzig keine Hotels als Zuflucht für Wohnungslose Menschen zur Verfügung gestellt worden, wie wir es gern gesehen hätten. Immerhin aber sind die bestehenden Notunterkünfte nun ganztags geöffnet. Zudem wurde eine weitere Notübernachtung eingerichtet. Dort können sich die Menschen auch waschen und duschen. Auch auf unsere Forderung hin sind die Gebühren für die Übernachtung derzeit ausgesetzt. Bisher mussten pro Nacht 5 Euro gezahlt werden.

Für Mieter*innen hat der Bund zumindest Schranken bei der Kündigung bei Corona-bedingten Mietzahlungsschwierigkeiten eingezogen. Zahlungsrückstände, die vom 1. April bis 30. Juni 2020 entstehen, berechtigen den Vermieter nicht zur Kündigung. Die Miete muss dann bis zum Juni 2022 nachgezahlt werden. Das könnte sich als Verschuldungs-

risiko für Mieter*innen entpuppen. Denn es ist abzusehen, dass viele Betroffene die sich so anhäufenden Mietschulden auch nach der Entspannung nicht nachzahlen können. Viele mussten schon bisher einen Großteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Kleine Gewerbetreibende wirtschaften oft am Rande ihrer Existenz und sind vor Mieterhöhungen faktisch nicht geschützt. Wir fordern deshalb unter anderem mit dem Mieterbund einen Fonds, mit dem besonders bedrohte Mieterinnen und Mieter zeitweilig komplett von Mietzahlungen befreit werden. Damit können auch die öffentlichen Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften sowie Kleinvermieter in Sachsen entlastet werden. Große, gegebenenfalls auch börsennotierte Wohnungsunternehmen und Fonds sollen von dieser Regelung nicht profitieren, sondern die ausfallenden Mietzahlungen selbst tragen. Unsere laute Stimme ist weiter gefordert hier einen tragfähige soziale Lösung auf den Weg zu bringen.

Bei aller Not ist diese Krise auch eine Chance auf soziale Schiefen hinzuweisen und schnelle Lösungen, die jetzt gefunden wurden, in die Zukunft zu überführen!

Aus der Stadtratsfraktion

Birthe Kleemann Durch Corona hat sich auch die Arbeit im Rathaus und der Fraktion DIE LINKE. Im Leipziger Stadtrat verändert. Da ein „normaler“ Betrieb, die für jeden Bürger zugängliche monatliche Ratsversammlung, derzeit kaum möglich ist, müssen Entscheidungen mittels digitalem Austausch getroffen oder vorerst ausgesetzt werden. Doch wir sind weiterhin aktiv! Gerade in der derzeitigen Situation ist es unser Ziel, diejenigen zu unterstützen, die in der Krise besonders zu kämpfen haben und nachhaltige Maßnahmen gegen das Voranschreiten sozialer Ungleichheit auf den Weg zu bringen.

Fachkräfte für soziale Berufe endlich angemessen fördern!

Ein Schritt in diese Richtung ist die von uns geforderte Fachkräfteoffensive. Damit fordern wir von Stadt und Land, wirkungsvoll gegen den vorherrschenden Personal-mangel in sozialen Berufen vorzugehen. Außerdem wollen wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Fachkräften, wie beispielsweise durch eine berufsbegleitende Ausbildung, Gesundheitsförderung und Unterstützung bei der Wohnungssuche, erwirken. Denn nicht erst durch die Krise wird deutlich: Es muss sich hier endlich etwas tun! Unser Antrag wird in der Ratsversammlung am 29. April zur Abstimmung kommen (Stand: 13.04.).

Schutzschirm für Städte und Gemeinden dringend notwendig!

Wir fordern einen Schutzschirm für Städte und Gemeinden durch Bund und Länder - wie richtigerweise bisher für Unternehmen teilweise erfolgt - und unterstützt das Anliegen u.a. des Deutschen Städtetages ausdrücklich dazu.

Steffen Wehmann, finanzpolitischer Sprecher: „Ein Schutzschirm ist auch für Leipzig dringend notwendig, damit die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für die Bürger*innen gemildert und der soziale Frieden in unserer Stadt nicht gefährdet wird. Da die finanziellen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Haushalt der Stadt derzeit kaum abschätzbar sind, ist es auch notwendig einen Haushaltsplan nur für 2021 aufzustellen d.h. von der Aufstellung eines Doppelhaushaltes vorerst (2021/2022) abzusehen, da entsprechende Planungen über 2021 hinaus kaum seriös machbar sind.“

ckungszahlungen/Honorarersatzleistungen für Honorarkräfte ein, die in Institutionen und Eigenbetrieben der Stadt Leipzig an der Ausübung ihrer Tätigkeit durch die Auswirkungen der COVID-19-Krise gehindert sind.

Marco Götte, Sprecher für Schule und Bildung: „DIE LINKE hat sich dafür immer eingesetzt, deren Festanstellungen voran zu treiben. Da Honorarkräfte keine Arbeitnehmer*innen sind, können sie keine Kurzarbeit und kein Arbeitslosengeld I beantragen. Viele haben bereits Arbeitslosengeld II beantragt.“

Es kann nicht sein, dass wir als Stadt diejenigen im Stich lassen sollen, an denen wir aus eigener finanzieller Not schon vor der Krise in unseren Institutionen und Eigenbetrieben sparen mussten, die wir in unsicheren Verhältnissen auf finanziell kaum hinreichendem Level beschäftigten. Viele von denjenigen, die fachlich hochqualifiziert unser musikalisches Bildungsniveau der Stadt heben, die mit wertvollstem Engagement Bildung für Erwachsene unter dem Logo unserer Stadt betrieben haben, sollen nun auf ALG II als Rettungsanker angewiesen sein, weil wir es nicht vermögen, unserer Fürsorgepflicht als Stadt mit Überbrückungen nachzukommen.

Überbrückungszahlungen für Honorarkräfte! Die Fraktion DIE LINKE. Im Leipziger Stadtrat setzt sich ein für die Möglichkeit von Überbrü-



Bild: Engin_Akyurt

Corona.... und alle trifft es gleich?

Beate Ehms Was in sonstigen Zeiten gilt, das trifft erst recht für Krisenzeiten zu. Frauen tragen die Hauptlast der Gesellschaft. Sie sind es, die in den sogenannten systemrelevanten Berufen Gesundheitswesen, Pflege, Handel die meisten Arbeiten machen. Von den 5,7 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen sind drei Viertel Frauen. Im Handel sind es über 70 %.

Und in diesen Bereichen ist es auch so, dass in der Führungsebene mehr Männer anzutreffen sind. Die Basisarbeit leisten die Frauen – tagtäglich. Es ist eine anstrengende Arbeit, körperlich wie emotional. Und heutzutage ist sie auch noch gefährlich. Wer kann eigentlich die Angst ignorieren, sich bei Patient*innen, Kund*innen oder Mitmenschen anzustecken?

Und es sind wieder die Berufe, die schlecht bezahlt werden. Da hilft es auch nicht, wenn abends auf dem Balkon geklatscht wird. Davon kann sich keine* was kaufen.

Wie als Linke fordern: 500 Euro auf das Grundgehalt in der Pflege, gerechte Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in allen Berufen. Mehr Flächentarifverträge!

Und meistens sind es auch die Frauen, die sich innerhalb der Familien um die Kinder kümmern: Homeschooling, Kinderbespaßung, Pflege von Angehörigen. Wir hoffen ja, dass bei uns Linken diese Aufgaben gleichmäßig verteilt sind. Sicher sind wir uns da aber nicht. Ach ja. Und das gibt es noch das Thema der häuslichen Gewalt. Jede dritte Frau macht in ihrem Leben die Erfahrung von sexualisierter/

häuslicher Gewalt. Sie tritt in allen Lebenslagen, in allen sozialen Schichten auf. Das Problem verschärft sich in Corona-Zeiten. Die Familien kommen kaum aus dem Haus. Kitas und Schulen sind seit Wochen geschlossen und viele arbeiten im Homeoffice. Wer auf engem Raum miteinander lebt, geht sich irgendwann auf die Nerven. Bestehende Konflikte verschärfen sich oder neue entstehen. Hier müssen wir alle achtsam sein und ggf. aktiv werden.

Daher hier die Telefonnummer des bundesweiten Notrufs: 08000 116 016.

Wir Feminist*innen werden nicht nachlassen in unseren Forderungen nach wirklicher Gleichstellung und Freiheit.



Bild: Marco Böhme

Parlamentarische Arbeit per Telefon- und Videokonferenz

Marco Böhme Die Linksfraktion im sächsischen Landtag arbeitet trotz Corona Pandemie weiter – zu Hause, in der provisorischen Geschäftsstelle in Dresden Neustadt oder tatsächlich auch im Parlament.

5 von 13 Ausschüssen tagen derzeit noch. Darunter der Wirtschaftsausschuss, in welchem ich Mitglied bin. Im April haben wir dort Druck auf Minister Dulig ausgeübt, dessen Wirtschaftshilfen wir für unzureichend finden. Wir fordern ein umfassenderes Rettungspaket (DS 7/2085), was neben der Aufstockung des Kurzarbeitergelds, richtigen Zuschüssen für Betriebe und (Solo)Selbstständigen, Zuschläge auf Hartz-IV-Leistungen, Mieter*innenfonds, finanzielle Sicherheit für die Kinder- & Jugendhilfe uvm. beinhaltet.

Im Fraktionsvorstand tauschen wir uns regelmäßig über die aktuelle Lage und entsprechende Handlungsmöglichkeiten für uns als Opposition aus. Diese sind derzeit leider eingeschränkt und auch die Durchschlagskraft in den Medien erschwert.

Als Sprecher für Klimaschutz und Mobilität bin ich bemüht, mit den Verkehrsdienstleistern in Sachsen in Kontakt zu bleiben und die gemeinsamen Forderungen, dass diese auch weiter ihr Angebot aufrecht erhalten zu können an die Regierung zu tragen. Es geht um Ausgleichszahlungen für Fahrgeldausfälle, aber auch um den Anspruch das es nicht gut ist, komplette Linien einzustellen. Dann kommen viele Menschen, die auf öffentliche Transportmittel angewiesen sind, nicht mehr auf Arbeit, zum Arzt oder zum Einkaufen. Insbesondere im ländlichen Raum, wo der öffentliche Personennahverkehr als Schülerverkehr existiert und nun teilweise eingestellt wurde, kann das zu Versorgungsgaps führen. Der Präsident des Robert-Koch-Instituts Dr. Wieler betonte ebenfalls, dass es in öffentlichen Verkehrsmitteln keine Menschenansammlungen geben darf und daher große oder sogar zusätzliche Fahrzeuge bereitgestellt und nötigenfalls sogar Taktzeiten erhöht werden müssen – auch wenn weniger Menschen damit fahren.

Zwischen Bundestagssitzung und Homeoffice

Sören Pellmann Am 25. März, bereits in der Phase des Ausgangsbeschränkungen, fand die letzte Sitzungswoche des Bundestages statt. Diese wurde unter völlig anderen Bedingungen durchgeführt. Es galt Mindestabstände einzuhalten, Kontakt zu vermeiden. Aber das Parlament war arbeitsfähig. Dabei war es für DIE LINKE wichtig, neben notwendigen Beschlüssen auch eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Insbesondere eine Verbesserung der Situation in Pflege und Krankenhäusern, eine Sicherung von Mieterinnen und Mietern, eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes für alle sowie ein Rettungsschirm für Kommunen waren nur einige Themen, welche durch uns beantragt bzw. angesprochen wurden.

Bereits im Vorfeld dieser Sitzung wurde die Vorbereitung per Telefon- bzw. Videokonferenz mit den linken Bundestagsabgeordneten organisiert. Das ist anfangs gar nicht so einfach. Denn 69 Genossinnen und Genossen, sowie Mitarbeitende wollen viel reden, auch mal dazwischen. Das geht aber in einer Telefonkonferenz nicht gut, wenn mehr als einer

zeitgleich redet. Per Videokonferenz war das etwas leichter, da Redewünsche angezeigt werden können. Eins hat diese Situation schon erreicht, dass wir als DIE LINKE mehr an einem Strang ziehen und innerparteiliche Auseinandersetzungen hintenanstehen.

Aber auch unsere Arbeit hier im Wahlkreis musste anders organisiert werden. Mein Wahlkreisbüro ist mittlerweile wieder von Dienstag bis Freitag von 10 bis 15 Uhr telefonisch erreichbar. Dabei geht es oft um Fragen zur derzeitigen Situation und was DIE LINKE an Vorschlägen hat. Einige wollen Hilfe oder Hinweise, wie sie diese Situation durchstehen und wieder Andere wollen lediglich reden und sich austauschen. Auch dafür sind wir da.

Abschließend noch ein Wort zum Thema Diäten. Dazu hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag einstimmig beschlossen, den Bundestag aufzufordern, die jährliche Diätenerhöhung im Juli auszusetzen. Dieser Verzicht in Zeiten der Corona-Krise wäre ein kleines Zeichen der Solidarität. Mittlerweile zeigen sich andere Fraktionen offen für diesen Vorschlag.

Wir sind erreichbar:

Mein Team und ich sind auch in der aktuellen Situation für Euch erreichbar. Meine Mitarbeiter*innen sind **Dienstag bis Freitag von 10-15 Uhr telefonisch unter +49 (341) 231 84 40** zu erreichen.

Ich biete zudem regelmäßig in den sozialen Netzwerken Online-Sprechstunden an. Folgt mir dafür bei Facebook, Twitter und Instagram.



/MdBSoerenPellmann



@LINKEPELLI



@soerenpellmann

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



**Dieser Spielplatz
ist bis auf
Weiteres
GESPERRT !**



Bild: Carola68

Bildung in Zeiten der Pandemie

Susanne Scheidereiter Langsam reicht es auch den Kindern, die sonst nicht so richtig Lust auf Schule haben: Schluss mit Homeschooling! Die Eltern können leider nicht die Lehrerinnen ersetzen. Immer nur Arbeitsblätter alleine ausfüllen ist öde. Manche Schülerinnen werden von der Fülle der Aufgaben erschlagen. Andere wiederum können sich aus Angst vor der Pandemie nicht auf den Schulstoff konzentrieren. Und Familien, die sich im Homeschooling und Homeoffice (der Eltern) befinden, haben Probleme mit der hardware.... Homeschooling verstärkt die Ungleichheit zwischen den Schülerinnen. Die Kinder, die Glück haben, werden zuhause unterstützt, haben einen Arbeitsplatz und technische Ausrüstung. Die, die aus armen Verhältnissen kommen, haben oft kein oder wenig technisches Equipment, keinen eigenen Platz zum Lernen, Eltern die andere Probleme haben als die Schulaufgaben ihrer Kinder. Eltern, die kaum Deutsch sprechen oder keine Computerkenntnisse und auch keinen Computer haben.

Abiturientinnen sollen sich zuhause auf die anstehenden Prüfungen vorbereiten, auch ja, Haupt- und Realschülerinnen auch, was häufig unerwähnt bleibt. Auch hier mag es wieder Fälle geben, wo das mühelos gelingt. Doch wie sieht es aus bei Schülerinnen, die ihre kleinen Geschwister betreuen müssen, weil die alleinerziehende Mutter arbeiten geht (Kindergärten sind ja auch geschlossen). Die keinen eignen Raum haben, um sich auf die wichtigen Abschlussprüfungen vorzubereiten. Keine Ruhe, kein Mentoring, es sei denn sie haben Glück, die Mentorin ist telefonisch und per Videochat erreichbar. Und das ist das Bemerkenswerte an der Viruskrise: die Prüfungen werden durchgezogen. Oder auch nicht bemerkenswert, gab es doch sogar während des 2. Weltkriegs Abi-Prüfungen! Hier wäre es schön gewesen, die Krise einmal als Chance zu nutzen und über die Sinnhaftigkeit von Vier-Stunden Klausuren nachzudenken, in denen die Prüflinge den in kürzester

Zeit eingepackten Spezialstoff handschriftlich darreichen, um ihn gleich danach wieder aus ihrem Hirn zu tilgen.

Keine Frage, ganz viele Lehrerinnen gehen die Herausforderung sehr kreativ an mit youtube-channels, Erklärvideos, Wochenplänen per E-Mail oder Lernsax. Manche Klassen treffen sich im Videochat über zoom mit ihren Lehrern, um in Kontakt zu bleiben. Das ist schön; jedoch kann kein normaler Schulalltag kompensiert werden mit sozialem Austausch, Gesprächen, Spielen, Lernen in unterschiedlichen Methoden und dem fachlichen Gespräch, Anschauungsmitteln, Erklären, verschiedenen Fächern, einer Gruppendynamik.

Wie vielfach hämisch angemerkt wurde, scheint ja Lehrerin nun doch erwiesenermaßen ein richtiger Beruf zu sein und die Eltern erleben ihre lieben Kinder mal live und in Farbe in der Beschulungssituation. Dem ist nur hinzuzufügen, dass 1. eine Gruppe von (fremden) Kindern in einer Schule auf jeden Fall leichter zu unterrichten ist als das eigenen zuhause, 2. den Eltern das ganze schulische Equipment fehlt und 3. siehe oben.

Und damit wären wir wieder bei der sich hier in diesem Experiment umso deutlicher hervortretenden Ungerechtigkeit im Bildungswesen und der damit verbundenen Frage, wie diese in Normal- sowie Pandemiezeiten bekämpft werden kann. Während die einen nach einer umfassenden Digitalisierung der Schulen rufen, wären andere schon zufrieden, wenn es ausreichend Schulen, (Fachräume), Lehrende sowie Erzieherinnen gäbe, dazu Sozialpädagoginnen sowie Inklusionspädagoginnen, welche den Unterricht mit einer doch zunehmend heterogenen Schülerschaft unterstützen und für die Probleme der Kinder und Jugendlichen da sind.

Beides ist anzustreben, die Verbesserungswünsche der Lernsituationen im Schulalltag stehen schon lange auf der Wunschliste der

GEW sowie der Lehrerinnen, die nämlich nicht nur für eine gerechte Bezahlung auf die Straße gegangen sind. Mit einem Klassenteiler, der bei 28 Kindern liegt, fehlendem Lehrpersonal sowie Schulen, die aus allen Nähten platzen, kann auch keine rund um die Uhr engagierte Superlehrerin allen Kindern gerecht werden, wie es der Lehrplan erfordert.

Die Digitalisierung der Lernprozesse kann hier nur bedingt helfen. Sie erscheint jedoch als notwendig, denn nach der Pandemie ist ja bekanntlich auch vor der nächsten. Und dann wäre es super, wenigstens auf der Landesebene einen Plan zu haben, einen Notfallpandemiebildungsplan.

Schön ist es, wenn sich unser Bildungsminister Piwarz zwei Wochen nach Schließung der Schulen an den Städtelternrat wendet (nach Anfrage) und erklärt, was Schule jetzt leisten kann und was nicht. Aber die Situation war ja für alle neu.

Wünschenswert wäre es, würde das Bildungsministerium alle Schulen hinsichtlich der Digitalisierung unterstützen, nicht nur eine Summe zur Verfügung stellen, die über aufwändige Anträge abgerufen werden kann: dazu muss die Schule einen Medienentwicklungsplan, ein Medienbildungskonzept sowie einen Lehrerfortbildungsplan erstellen. Da bekommt man richtig Lust! Übrigens sind keine Mittel aus dem Digitalpakt für die Lehrerfortbildung sowie die Wartung der neu angeschafften Geräte vorgesehen.

Insgesamt stehen Sachsen 250 Millionen Euro aus dem Bundesdigitalpakt bis 2024 zur Verfügung.

Viel Geld, das man sinnvoll einsetzen kann. Notwendig wäre ein Masterplan, um alle Schulen auf ein ähnliches technisches Niveau zu bringen sowie Lehrerfortbildungsmaßnahmen verbindlich für alle Lehrerinnen in Sachsen. Nur so kann Bildungsgerechtigkeit funktionieren.

DIE LINKE (Leipzig). 2025 – Strategie-, Struktur- und Inhaltsdiskussion

Adam Bednarsky und Kay Kamieth für den AK LE 2025 Die Arbeitskreise stellen sich vor

Trotz der Corona-Pandemie wollen wir an am Plan, unseren Stadtverband inhaltlich, strategisch und organisatorisch noch etwas besser zu machen, festhalten. Dafür stellen hier die ersten Arbeitskreise sich und ihre Schwerpunkte vor. Wenn ihr weitere Themen habt und/oder an den AKs mitarbeiten wollt, sagt Bescheid. Aktuell steht dafür die Geschäftsstelle von Montag bis Donnerstag (9-14 Uhr) unter 0341-14064411 oder per Mail an kay.kamieth@dielinke-leipzig.de zur Verfügung. Steffi und Kay sind mit den Arbeitskreisen in Kontakt und leiten Euch gern weiter.

AK Struktur und Digitalisierung

Zeitgemäße Parteistrukturen erscheinen ohne eine zunehmende Digitalisierung der eigenen Arbeitsweisen nur schwer vorstellbar. Neue Technologien können uns dabei helfen, unsere Tätigkeiten zu vereinfachen, die Kommunikation sowie Zusammenarbeit zu fördern und Einstiegshürden bzw. Wissenshierarchien zu beseitigen. Neue Werkzeuge müssen dazu klare Vorteile aufzeigen, für jede*n nutzbar sein und eine sinnvolle Erweiterung bzw. Verbesserung bereits bestehender Konzepte darstellen. Um unsere Ziele zu erreichen, benötigen wir dazu neue Plattformen und Systeme, müssen Bestehende anpassen und einen Weg finden Veränderungen nachhaltig zu etablieren.

AK Liebnecht-Haus

Unser Stadtverband kann sich glücklich schätzen, dass er in seiner politischen Arbeit auf ein eigenes Haus – mit großer Geschichte – zurückgreifen kann. Mit dem AK Liebnecht-Haus wollen wir uns auf den Weg machen unser Haus als Stätte der ArbeiterInnenbewegung im historischen Gedächtnis der Stadt Leipzig breiter verankern. Zugleich wollen wir uns daran machen, unser Haus als Ort der politischen Arbeit und Begegnung für GenossInnen und mit uns Sympathisierenden attraktiver zu gestalten. Dabei wollen wir zeitgemäße Ansprüche beachten. Was ist dazu nötig? Wie schaffen wir barrierearme Zugänglichkeit? Welche Anforderungen und Wünsche gibt es zur inneren und äußeren Gestaltung, welche an den Neubau im Garten?

AK Leipzig-Nord

Die Bevölkerungs- und Parteistrukturen im Leipziger Nordraum unterscheiden sich deutlich von den Gegebenheiten im Leipziger Süden. Insbesondere rechtskonservative und rechte Entwicklungen im Nordraum sowie der Verlust des direkten Kontaktes zu den BürgerInnen machen uns große Sorgen. Hinzu kommt eine deutlich andere Interessenlage aufgrund der oftmals prekären oder ländlicheren Lebenssituation der AnwohnerInnen, die politisch in Teilen andere inhalt-

liche Schwerpunkte setzen als DIE LINKE es in Leipzig macht. Der Arbeitskreis möchte neue Konzepte entwickeln, wie der Spagat zwischen schlankere Parteistrukturen und anderen thematischen Schwerpunkten als im Rest von Leipzig gelingen kann. Ebenso möchten wir Möglichkeiten finden DIE LINKE im Leipziger Nordraum deutlich enger in den lokalen Strukturen vor Ort zu vernetzen und neue Synergien zwischen Parteien und anderen Akteuren zu entwickeln.

AK Politische Bildung

Politische Bildung soll nicht primär auf deren Nützlichkeit für Parteiarbeit ausgelegt sein, sondern dazu beitragen, bestehende Verhältnisse zu verstehen, zu kritisieren und zu verwandeln. Der Arbeitskreis strebt an, didaktische Grundkenntnisse zu vermitteln, bereits bestehende Bildungsangebote auf Bundes- und Länderebene für den Stadtverband fruchtbar zu machen und eigene Bildungsangebote zu entwickeln, um den Bildungsauftrag, der insbesondere den oppositionellen Kräften in dieser Gesellschaft zukommt, hervorzuheben und innerhalb unserer politischen Arbeit zu kultivieren.

AK Neumitglieder und Mitgliedererwerb / AK Basis

Hier sollen Strategien entwickelt werden, Menschen gezielt zum Beitritt zu motivieren sowie die Diversität unserer Partei zu stärken. Gleichzeitig sollen Ansätze gefunden werden, Mitglieder für die politische Arbeit zu mobilisieren. Was brennt ihnen unter den Nägeln, was ist ihre Vorstellung von Partei? Eine enge Zusammenarbeit mit den Neumitgliederbeauftragten der Stadtbezirksverbände ist dabei besonders wichtig.

AK Öffentlichkeitsarbeit

Als DIE LINKE. Leipzig sind wir in der Öffentlichkeitsarbeit relativ breit aufgestellt. Wir gehören sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch zu den aktivsten Leipziger Parteien. In und von unserem Stadtverband werden zig Events (mit-)organisiert, Positionen formuliert und über verschiedene Kanäle kommuniziert. Trotz dessen haben wir es schwer, bestimmte Zielgruppen zu erreichen und in den „etablierten“ Medien gemessen an unserer politischen Präsenz in der Stadt zu erscheinen. Wie können wir dies verändern? Was können und sollten wir gemeinsam tun, um als LINKE mit unseren Positionen und Aktionen noch breiter wahrgenommen zu werden?

AK (Gesellschaftliche) Analyse und Strategie Dieser Arbeitskreis möchte sich mit aktuellen gesellschaftlichen Problemstellungen wissenschaftlich (basierend auf theoretisch-

methodischer Reflexion) auseinandersetzen um ein tieferes Verständnis für die Konstitution der kapitalistischen Gesellschaft (vor allem mit Fokus auf die Stadt Leipzig und ihre ländliche Umgebung) im 21. Jahrhundert zu gewinnen, dessen Erkenntnisse wiederum in Strategien für die nächsten Wahlen bzw. die Ausrichtung der politischen Arbeit der Partei als solcher münden sollen.

AK Inhalt / Leitlinien

Neben beschlossenen Wahlprogrammen gibt es in der Leipziger LINKEN auch sog. Leitlinien, welche unser alltägliches politisches Handeln im weitesten Sinne begleiten sollen. Dieses sind teilweise schon ein paar Jahre alt. Inhaltlich behandeln sie bisher die Themen: Ökonomie, Jugendpolitik, Wohnen, Sozialpolitik, Kommunalpolitik, Ökologie, Integration sowie Ordnung und Sicherheit. Finden sich GenossInnen, die bereit sind diese zu überarbeiten oder neue zu erstellen? Danach würden die Papiere dann breit in der Partei diskutiert und auf Stadtparteitagen beschlossen werden.

AK LE 2025 – Koordination

Dieser Arbeitskreis versucht zunächst, den ganzen Diskussions- und Reflexionsprozess unseres Stadtverbandes anzuschieben und eine Abstimmung zwischen den einzelnen Arbeitskreisen zu gewährleisten. Auch die Rückkopplung an die verschiedenen Ebenen unseres Stadtverbandes sollte in diesem Gremium geleistet werden.

DIE LINKE Beitragsbefreiung

Redaktion MiB Laut unserer Satzung ist die Befreiung von der Zahlung der Mitgliedsbeiträge in begründeten Fällen möglich. Da die aktuelle Pandemie sich auch auf den finanziellen Status unserer Mitglieder auswirkt, möchten wir darauf hinweisen, dass es möglich ist, bei einer Notlage die Zahlung des Mitgliedsbeitrages auszusetzen. Bitte wendet Euch dafür an unsere Geschäftsstelle im Liebnecht-Haus.

1. Tagung 7. Stadtparteitag

Redaktion MiB Corona bedingt wird der nächste Stadtparteitag nicht am 9. Mai 2020 stattfinden. Bisher ist noch nicht absehbar, wann der Stadtvorstand ihn wieder einberufen kann. Relativ sicher wird dies nicht vor den Sommerferien der Fall sein.



„Meister und Margarita“ im Schauspiel Leipzig. Foto: Rolf Arnold

Blendwerk

Daniel Merbitz Der Teufel und Professor für Schwarze Magie treibt sein Unwesen in Moskau: Da verunfallt der Chefredakteur einer Literaturzeitschrift mit der Straßenbahn tödlich, ein Lyriker kommt ins Irrenhaus, trifft dort den Meister.

Der großartige Roman von Michail Bulgakow (1891–1940) erlebt auf der Großen Bühne im Schauspielhaus Leipzig derzeit seine Auferstehung. Die Bühnenfassung, nach der neuen Übersetzung von Alexander Nitzberg (nicht die kanonische DDR-Übersetzung von Thomas Reschke), stammt von der Regisseurin Claudia Bauer und – so steht es ausdrücklich im Programmheft – auch von dem Ensemble. Regisseurin Claudia Bauer und ihr Dramaturg Matthias Döpke konnten die 500 Buchseiten zwar auf Zweistundenzwanzig Bühnenzeit eindampfen, aber leider damit auch die großen Fragen. Man kann auch tausend Buch-

seiten zu einem exzellenten Theatererlebnis machen: Dies hat Karl Georg Kayser (Sohn des legendären Leipziger Generalintendanten »K.K.«) vor Jahren in Magdeburg vorbildlich bewiesen mit Thomas Manns »Der Zauberberg«. Und er besorgte auch die legendäre Leipziger Fassung von »Meister und Margarita« im Jahre 1986.

Regisseurin Claudia Bauer kramt alle Werkzeuge aus der Folterkammer des Regietheaters hervor: Wortwiederholungsschleifen, hilflos-schreiendes Deklamieren, Aus-der-Rolle-und-in-die-Realität-fallen, Pseudo-Comedy, geifernde Monologe, E-Gitarren-Dröhnung (im Foyer stehen extra dafür Behälter mit Ohrenstöpsel nebst Warnschildern), minutenlanges und schmerzliches Publikums-Blendlicht, Nebelorgien und verwackelte schier endlose Live-Video-Sequenzen.

Die schauspielerischen Leistungen des En-

sembles überzeugen durchweg – sind eben großartige Schauspielerinnen und Schauspieler, die auch schwierige Inszenierungen zu einem emotionalen Erlebnis machen. Dirk Lange begeistert als teuflischer Woland: böse im Frack, ein heiterer Mephistopheles, der die irdische Lasterwelt nicht ernst nehmen kann. Julia Preuß als Margarita: opferbringend duldsam und ehrgeizig egoistisch in einer Seele. Anna Keil erfreut als bissiger Korowjew, im Roman eigentlich ein Mann, mit gesprungenem Zwicker und kariert Hose, auf der Bühne hier eine Frau im Kleid, also keine »Hosenrolle«.

Wenzel Banneyer spielt akzentuiert und zugleich kraftvoll den moralisch und philosophisch aufgeheizten römischen Statthalter Pontius Pilatus.

Hoffentlich auf baldiges Wiedersehen im Theater!

Eine Fundgrube von Quellen der Geschichte der Arbeiterbewegung

Volker Külow Es ist angezeigt, die Leserschaft des Mitteilungsblattes auch einmal über das Fachorgan des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. zu informieren. Dieser Förderkreis hatte sich am 6. März 1991 in Berlin mit der Zielsetzung gegründet, die in der DDR systematisch gewachsenen Archive und Bibliotheken in ihrer Geschlossenheit zu bewahren und der Forschung zu erhalten und wirkt bis heute noch als Nahtstelle zwischen Quellenbasis und historischer Forschung. Die vom Förderkreis herausgegebenen „Mitteilungen“ haben sich in Lauf der Jahre zu einer höchst nützlichen Zeitschrift auf dem an solchen Erzeugnissen armen Parkett der Periodika entwickelt und sind so für alle HistorikerInnen und historisch Interessierte, die sich mit der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung befassen, zu einem wertvollen Arbeitsmittel geworden. Dies wird auch in den Beiträgen der aktuellen Ausgabe überzeugend sichtbar. S. Neunsinger verdeutlicht die Bedeutung der Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Skandinavien für die Geschichte der Arbeiterbewegung. R. Holze beschäftigt sich mit dem im Universitätsarchiv der FU Berlin angesiedelten Archiv „APO und soziale Bewegungen“, das die umfangreichsten Quellen und Dokumente zur Geschichte der Außenparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegungen in der alten Bundesrepublik bis etwa der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts aufbewahrt. Besondere Zeitdokumente stellen E. Müller und E. Lewin vor: Müller eine Bebel-Erinnerung an Auseinandersetzungen mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) während des Deutsch-Französischen Krieges im August 1870 in Leipzig und Lewin erstmals in deutscher Sprache veröffentlichte Dokumente zur Rettung jüdischer Flüchtlinge in Albanien während des Zweiten Weltkrieges. O. Luban (alle Berlin) berichtet über seinen Vortrag über die kaum bekannte Agitation für Frieden und Demokratie durch die im Ersten Weltkrieg nach Holland desertierten Linksozialisten Carl Minster und Wilhelm Pieck. H. Czitrich-Stahl und R. Holze interviewen den Historiker Siegfried Prokop anlässlich dessen 80. Geburtstages. An den verstorbenen ehemaligen langjährigen Vereinsvorsitzenden Reiner Zilkenat erinnern G. Benser und H. Czitrich-Stahl mit einem würdigen Nachruf. Mitteilungen. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Nr. 57, März 2020, 72 S. ISSN: 1869-3709. Bezug über Dagmar Goldbeck(d.goldbeck@web.de) für 3 Euro zuzügl. Versandgebühr.



Foto: Frank L. Duberville. Canada. Department of National Defence. Library and Archives Canada, PA-191985

8. Mai – kein offizielles Gedenken in Sachsen!

Franz Sodann Ob die vielfältigen geplanten Veranstaltungen zum 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom deutschen Faschismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges stattfinden können, steht derzeit noch nicht fest. Fakt ist jedoch bereits, dass diese getragen werden vom Engagement der Genossinnen und Genossen und ehrenamtlichen Initiativen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, denn geht es nach der sächsischen Staatsregierung, spielt der 8. Mai 2020 in der offiziellen Gedenkpolitik Sachsens keine besonders wichtige Rolle. Erst auf mehrmalige Nachfrage wurde mir mitgeteilt, dass eine Veranstaltung des sächsischen Ministerpräsidenten mit Schülern im militärhistorischen Museum am 04. Mai in Dresden und ein Treffen mit einer Radfahrergruppe geplant ist, welche an der historischen Radtour von Auschwitz nach Westerbork teilnimmt. Mehr nicht. Keine offizielle Kranzniederlegung zu Ehren der sowjetischen Soldaten, der ihrer alliierten Verbündeten und Gefallenen. 60 Millionen

Tote hat dieser Krieg gefordert. Keine Beteiligung der Regierung am jetzt abgesagten Elbe-Day in Torgau. Kein offizielles Gedenken des Freistaates Sachsen. Keine Einbindung der bürgerschaftlichen Initiativen und Vereine. Dieser Umgang mit Lehren aus der Geschichte, besonders in Zeiten des Erstarkens nationalistischer und rechtsextremer Kräfte nicht nur in Deutschland, sondern EU-weit, lässt nicht erkennen, dass die zahlreichen Äußerungen der Staatsregierung Sachsens, auch tatsächlich ernst gemeint sind. Ihren Ankündigungen, endlich verstärkt gegen rechte Umtriebe vorzugehen, folgen keine Taten. Denn dazu würde geschichtliche Aufklärung und Gedenken an die Schrecken des Nationalsozialismus gehören. Im Gegenteil: Das Ungleichgewicht in der sächsischen Gedenk- und Erinnerungspolitik zwischen NS-Zeit und der sogenannten SBZ/DDR bleibt auch unter der Kenia-Koalition bestehen. Aber auch in Zeiten wie diesen darf dieser Tag, der 8. Mai, nicht vergessen werden. Er ist und bleibt der Tag der Befreiung.



75 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus

Marco Götze *Erinnern auch 2020*

Seit dem Kriegsende vor 75 Jahren hat es nie ein Jahr gegeben, in dem das öffentliche Erinnern an den Jahrestag des Zweiten Weltkrieges in Europa so eingeschränkt stattfand wie 2020. Der vielleicht letzte große Jahrestag, der mit den letzten überlebenden Zeitzeugen begangen worden wäre, wird - von der Coronakrise überschattet - als einzigartig in die Geschichtsbücher eingehen. Beklemmende Leere auf dem Ettersberg, am Mahnmal in Lindenthal, in Abtnaundorf, an so vielen Stätten der Erinnerung in Europa. Gerade deswegen und weil wir - anders als wir es planten - nicht zusammen und öffentlich der Ereignisse des Mai 1945 gedenken können, sollten wir es auf andere Weise, vielleicht ganz im Stillen oder den sozialen Netzwerken tun.

Für Institutionen, Organisationen und Parteien sind die Jahrestage, die an die Endzeit der faschistischen Barbarei erinnern, seit vielen Jahren fest im Programm gewesen: Kränze, Reden, Beiträge in Radio- und Fernsehprogrammen, Mediatheken voll mit Dokumentationen, Zeitzeugenberichten und historischen Spielfilmen. Dieses Jahr wirkt all das so randständig wie nie zuvor. Das darf es aber niemals sein.

Ganz unmittelbar vorher fanden die Verbrechen von Hanau und Halle statt. Ereignisse, bei denen Rassismus und Rechtsradikalismus. Naziaufmärsche. Hetzreden und Ge-

walttaten in ihrer aktuellen Bedrohlichkeit zu Tage traten. All jene Erscheinungen bleiben in erschreckender Weise gegenwärtig, 75 Jahre nach dem Schwur von Buchenwald: „Nie wieder“.

Das in der Geschichte singuläre hitlerfaschistische Mordregime steigerte seine Bluttaten im eigenen Todeskampf des Frühjahrs 1945 noch ein letztes Mal zu einem weiteren unfassbaren Höhenpunkt. Die Todesmärsche, das Sterben in den Lagern, Massenhinrichtungen, Tötungen von Deserteuren und weitere Gräueltaten werden oft unter dem Begriff Endzeitverbrechen beschrieben. Unsere Gegend, eines der letztbefreiten Gebiete Europas, spielt bei diesen Verbrechen der vorletzten und letzten Phase des Krieges eine große geschichtliche Rolle. Buchenwald, Dora, Sachsenhausen, Ravensbrück und deren Außenlager waren in dieser Phase Zielorte grauenvoller Transporte und Todesmärsche, um wenig später Startpunkt für weitere Todesmärsche in die Restgebiete des zerfallenden Nazireiches zu sein. Der Bombentrichter von Lindenthal, in dem über 50 Menschen erschossen wurden, und das Brand-Massaker im KZ-Außenlager Leipzig-Abtnaundorf sind nur zwei Orte von unzähligen Verbrechen.

Langsam aber unaufhaltsam entrücken die Schrecken aus der Zeitgeschichte und historisieren sich. Persönliche Erinnerung

schwindet und wird - sofern sie bewahrt ist - Teil einer geschichtlichen Erzählung. In dieser Umbruchzeit besteht die nicht kleine Gefahr, dass bei einem Teil der Gesellschaft nicht mehr begriffen wird, was da 1945 durch eine nie zu vergessende Befreiungstat der Alliierten, von Partisan*innen und des Widerstands zu Ende ging. Die Relativierungen des NS-Regimes, Herabwürdigung des linken Widerstandes, beispielsweise in Buchenwald, bornierte Verkürzungen der Befreiung durch die Alliierten auf sicher schlimme Ereignisse wie Vergewaltigungen, Bombardierungen bei der Befreiung nehmen zu. Es bleibt uns die Verpflichtung, an die Ursachen des Krieges, die singulären Taten des NS-Regimes zu erinnern und solche Relativierungen, in denen Opfer oder Befreier*innen zum Teil gar zu Täter*innen stilisiert werden, den Herabwürdigungen von Teilen des Widerstands entgegenzutreten ohne irgendein Leid des Krieges, etwa durch die Bombardierungen, zynisch zu beschönigen. Humanität hat Respekt vor jedem Leid, auch wenn die Schuld und Ursache von Krieg und der Verbrechen vor 1945 so eindeutig sind wie der Ort und das Land von dem beides ausging.

Ohne Wenn und Aber: Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung, dem wir dankbar gedenken.

Die „Z.“

Volker Külow
Ein wichtiges
pluralistisches
marxistisches
Diskussions- und
Publikationsorgan
in der BRD

Es ist überfällig, auf eine weitere wichtige Zeitschrift zu verweisen: die „Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung.“ Sie wird vom Forum Marxistische Erneuerung e. V. (Frankfurt/M.) und vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e. V. (Frankfurt/M.) herausgegeben und erscheint seit 1990 vierteljährlich. Als pluralistisches marxistisches Diskussions- und Publikationsorgan wurde sie zu einer unverzichtbaren Stimme der marxistischen Linken in Deutschland. Dies wird auch in ihrer aktuellen Ausgabe sehr deutlich. Aus Platzgründen kann ich hier nur auf einige wenige Gesichtspunkte verweisen. Vor allem mit den Beiträgen zu dem Heftschwerpunkt „Strategiedebatten“ gibt die „Z“ gewichtige Anregungen für die bereits seit einiger Zeit unter den Linken geführten intensiven, teils kontroversen Diskussionen. Die „Z“ verweist in diesem Zusammenhang auf die besondere Bedeutung der Strategiedebatte in unserer Partei - als der größten organisierten Formation der Linken - für die bundesrepublikanische Linke insgesamt. Die zentrale Frage dieser Strategiedebatten müsse sein: „Wie kann der Tageskampf gegen aus die aus dem heutigen Kapitalismus erwachsenden sozialen und ökologischen Verheerungen mit der Frage der anstehenden Überwindung dieses überholtes, die Bewohner dieses Planeten zunehmend gefährdendes Gesellschaftssystem verbunden werden?“ . Ein Beitrag im Rahmen des Schwerpunktes steuert auch Christiane Kaindl, Bereichsleiterin im Parteivorstand für Strategie- und Grundsatzfragen, bei. Sie wirft einen Blick auf die jüngere Zukunft der Partei. Als aktuelle Hauptprobleme sieht sie für die Partei den Aufstieg der Rechten einerseits und der Bewegungen und Proteste für Klimaschutz andererseits. Sie plädiert für die Entwicklung eines Umbauprogramms, einer „sozialen und ökologischen Revolution“, die auch den Beschäftigten in Kernbereichen der Exportindustrien eine Perspektive böte. Auch die Texte in den anderen Rubriken „Lateinamerika“, „Marx-Engels-Forschung“,

„Diskussion - Kritik - Zuschriften“, „Zeitschriftenschau/Aktuelle Debatten“, „Berichte“ und „Buchbesprechungen“ sind inhaltsreich. Eine Lektüre der Z ist also sehr zu empfehlen.

① Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 31. Jg., H. 121 (März 2020), 219 S.-Einzelh. 10 €.
Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung,
Tel.: 069/53054406,
Mail: redaktion@zme-net.de;
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de



Bilder: u.a. von: r.u.: Kay Kemmen, Julie Nagel, Dirk Apitz



3 Bilder vom Tag der Roma

Der 8. April ist der internationale Tag der Roma. An diesem Tag erinnert auch DIE LINKE Leipzig - wie die Jahre zuvor - an die Rechte der Roma und Sinti. Exakt an diesem Tag fand vor 49 Jahren der erste Welt-Roma-Kongress in London statt - ein Meilenstein für die Emanzipation der Roma, auf dem sich die Delegierten für die Selbstbezeichnung „Roma“ anstelle diskriminierender Fremdbezeichnungen aussprachen sowie sich auf ihre gemeinsame Flagge und eine Hymne einigten. Aus diesem Grund hat DIE LINKE in Leipzig am 08. April 2020 um 10:00 Uhr vor dem Liebknecht-Haus sowie vor dem linXXnet und im INTERIM als Zeichen der Solidarität mit den Roma deren Flagge gehisst.

Bild links oben: Liebknecht-Haus

Bild rechts oben: linXXnet

Bild rechts unten: INTERIM



Buchlesung im Wahlkreisbüro Sören Pellmann

Sören Pellmann „SOKO Postkutscher“ ein spannender Krimi von Rainer Böhme
Unsere Lesung im Rahmen der Leipziger Buchmesse im Wahlkreisbüro Grünau am 12. März konnte zum Glück noch stattfinden, darüber freuten sich die Besucher*Innen sehr, waren doch einige Lesungen im Zuge der Corona-Krise bereits abgesagt worden. Rainer Böhme, Autor und Genosse, las äußerst unterhaltsam und lebendig aus seinem Krimi „SOKO Postkutscher“, er hat uns auf seine Reise der Entstehungsgeschichte sowohl seines Buches als auch in seine damalige private Situation und seine literarische Schaffensphase mitgenommen, sodass wir einen heiteren und äußerst amüsanten Abend verbrachten. Hier nun einen kleinen Ausschnitt aus seinem Kriminalroman: Nach dem rätselhaften Unfalltod seines Cottbuser Fahrrad-Postboten bildet die Polizei die SOKO Postkutscher. Denn der Tote hatte statt Liebesbriefen und Behördenschreiben Drogen und jede Menge Bargeld bei sich. Was weiß seine Schwester, eine Linke-Autonome, da-

von? Zufällig wird sie im Blechen-Carré von einem Abiturenten beim Schnapsklauen beobachtet. Eine Begegnung mit Folgen... Wer mehr über die Geschichte wissen möchte, sein Buch kaufen oder ihn für eine Lesung einladen, kann sich gerne an Rainer Böhme wenden, wer würde sich darüber sehr freuen. boehme.sebnitz@t-online.de, Telefon 035971 53066, www.bergweltreisen.de
Wir freuen uns schon auf seine nächste Lesung in unserem Wahlkreisbüro, sein nächstes Buch ist bereits am Entstehen.



Foto: Marianne Küng-Vildebrand

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

Wir wollen mithelfen, die Verbreitung des Corona-Virus aktiv zu mindern, einzudämmen und erschiedene gefährdete Gruppen mit unserem Engagement zu schützen. Aufgrund der angespannten Situation in der Coronalaage werden Behelfsmasken in vielen Einrichtungen hier in Leipzig unbedingt gebraucht. Sie gehen momentan zuneige, was wir nicht hinnehmen wollen. Wir sind momentan einige ehrenamtliche Näher*Innen, die selbstständig zuhause nähen. Wir suchen noch weitere Näher*Innen aus Leipzig, Nähmaschinen zum Ausleihen, vor allem Nähutensilien wie z.B. Gummilitze 6mm, Nähgarn, Nähmaschinen, Stoffe (aus kochfester 100% Baumwolle) und Kooperationen verschiedenster Art. Wenn ihr Material zum Spenden habt oder selbst mitnähen wollt, dann meldet Euch bei Helfeninleipzig@use.startmail.com Falls ihr uns finanziell unterstützen wollt Spendenkonto:

① DIE LINKE. Leipzig / Sparkasse Leipzig /
Stichwort: Atembehelfsmasken /
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20

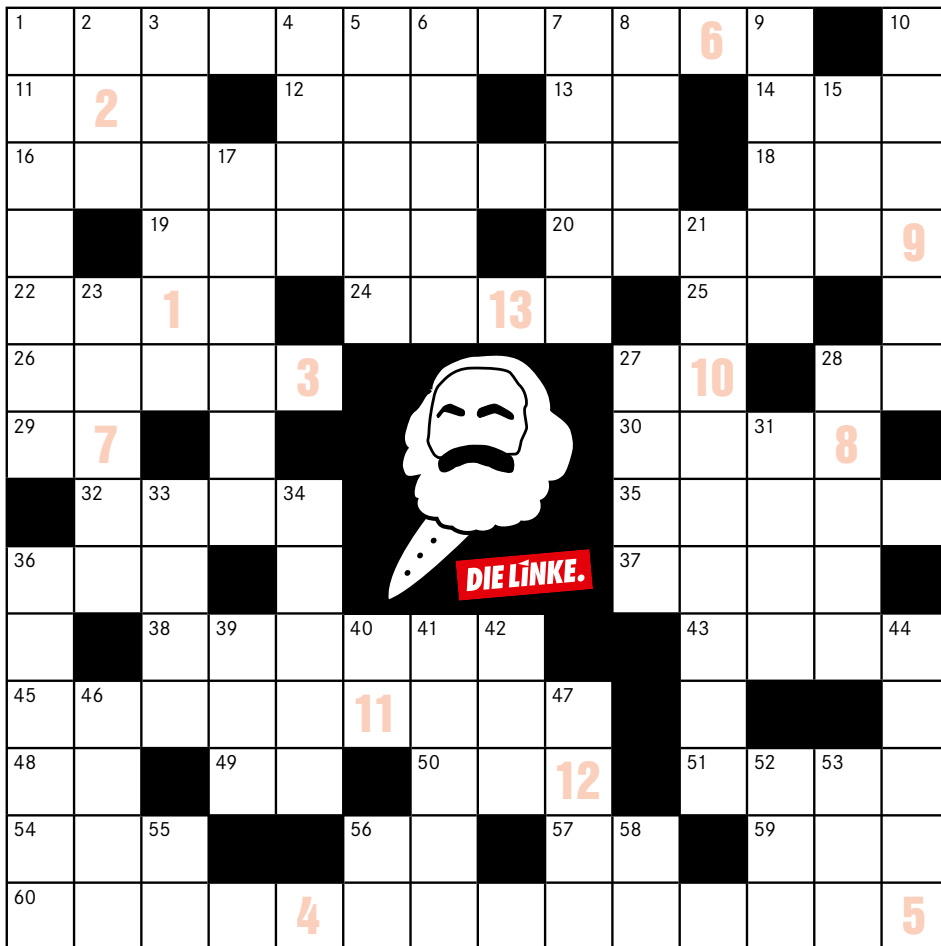
Kreuzworträtsel

Waagrecht:

1.) Gruß der DDR-Jugendorganisation FDJ; 11.) Fluss und Departement in Ostfrankreich; 12.) Asteroid des Hauptgürtels, 1936 entdeckt; 13.) Abkürzung der Partei der Europäischen LINKEN; 14.) scheues Waldtier; 16.) Sprach- und Sprechheilkunde; 18.) Kurzwort für ein Leichtmetall; 19.) männliche Ente; 20.) Stadt in Norwegen, nördlich des Polarkreises; 22.) Werkzeug zum Löcher stechen; 24.) Fluss im Osten Englands; 25.) japanischer Schriftsteller, Nobelpreisträger; 26.) serbischer König und erster serbischer Zar (1308-1355); 27.) eine der indonesischen Kei-Inseln; 28.) ein Monat im Jüdischen Kalender; 29.) eine Flächenmaßeinheit im metrischen System; 30.) russischer Fluss in Sibirien; 32.) Landschaft in Baden-Württemberg, Landkreis Esslingen; 35.) indigene Bevölkerung Neuseelands; 36.) Kurzbeschreibung für eine medizinische Abteilung; 37.) rechter Nebenfluss der Donau in Niederösterreich; 38.) abgetrenntes Gewässer vom offenen Meer; 43.) eine Insel des Hawaii Archipels; 45.) am 8. Mai jährt sich dieser Tag zum 75. mal; 48.) Abkürzung für einen Rechtsbegriff in der Sozialhilfe Deutschlands; 49.) chemisches Symbol für Aluminium; 50.) das all-eine, vollkommene Sein in der chinesischen Philosophie; 51.) Stadt im äußersten Süden Israels; 54.) Nebenfluss der Biebrza im Nordosten Polens; 56.) Interjektion, Ausrufung der Überraschung; 57.) asiatisches Strategiespiel; 59.) Kurzwort für den Gymnasialabschluss; 60.) Name der Zentrale der Linken in Leipzig

Senkrecht:

1.) Deutscher Schriftsteller (1893-1947); 2.) Kurzbezeichnung für eine Großstadt in Brasilien; 3.) deutscher Philosoph und kommunistischer Revolutionär (1820-1895); 4.) Übervorteilung, Wucher; 5.) unterirdisches Abzugsrohr zur Entwässerung; 6.) Riemenwerk der Zugtiere; 7.) deutscher Dichter und



Journalist (1797-1856); 8.) lateinisch: Würfel; 9.) deutscher Fluss in Schleswig-Holstein; 10.) Marschall der Sowjetunion und siegender Feldherr im 2. WK (1896-1974); 15.) Priester des Tanach bzw. des Alten Testaments; 17.) Nymphe in der griechischen Mythologie; 21.) 1918-1946 Bezeichnung für das Heer der Sowjetunion; 23.) US-Stadt in Kalifornien (Fresno County); 27.) Laubbaum, Ruster; 28.) Stadt in der Schweiz; 31.) Stadt in Süditalien, am Fuß des Vesuvs; 33.) deutscher Schriftsteller, Autor des Dramas „Professor Mamlock“; 34.) deutscher Politiker (SPD, KPD), 1945 im

KZ Bergen-Belsen ermordet; 36.) deutscher Dramatiker und Lyriker (1813-1863); 39.) langschwänziger Papagei in Süd- und Mittelamerika; 40.) Dramenfigur von Bertold Brecht; 41.) Nebenfluss der Elbe in Anhalt-Bitterfeld; 42.) Stadt in Japan; 44.) Raubtierart, Marder; 46.) Schweizer Komponist und Musikpädagoge (1742-1810); 47.) niederländischer Maler und Zeichner (1853-1890); 53.) Bestandteil männlicher arabischer Beinamen („Vater von“); 55.) Länderspezifischer Top-Level-Domain von Kenia; 56.) russisches männliches Pronom; 58.) Abkürzung für oberer Totpunkt

Impressum

Herausgeberin:
 Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
 Braustraße 15, 04107 Leipzig
 Fon: 0341 - 14 06 44 11
 Fax: 0341 - 14 06 44 18
 Web: www.dielinke-leipzig.de
 Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
 Spenden: Sparkasse Leipzig
 IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
 Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Fellmann.
Gestaltung: Tilman Loos
 Das nächste Mitteilungsblatt erscheint kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 04.05., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnnerhaltende Kürzungen vor.